

Protokoll
Vorstandssitzung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
09.12.2014 (letzte Sitzung: 11.11.2014)

Ort	Arbeiterkammer Wien Konferenzsaal	
Beginn	12:05 Uhr 13:00 Uhr	
TeilnehmerInnen		
Vorstandsmitglieder:	Kaske Präs (Vorsitz)	
	Blauensteiner VP	(entschuldigt)
	Kniezanrek VP	
	Stein VP	
	Steinkellner VP	
	Anderl	(entschuldigt)
	Brantner	
	Fetik	(entschuldigt)
	Foglar	
	Ledwinka	(entschuldigt)
	Rudolph	
	Suchl	(entschuldigt)
	Teiber	(entschuldigt)
	Zweiler	(entschuldigt)
	Pörtl	
	Rasch	
	Rösch	(entschuldigt)
	Schütz	
	Paiha	
Beratend	Muhm Dir	
	Aschauer-Nagl BL	(entschuldigt)
	Ficzko BL	
	Kubitschek BL	(entschuldigt)
	Kundtner DirStv	
	Trenner BL	
Vom Büro	Stockerer(Betriebsrat)	(entschuldigt)
	Fassler	
	Marcon (Betriebsrat)	
	Mitterlehner	
	Mulley (Protokoll)	

Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 09.12.2014

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11.11.2014

2 Beschlüsse

- 2.1 Subventionen 2014 → Austauschblatt
- 2.2 Personalplan 2015
- 2.3 Bilanzprüfung 2014
- 2.4 Änderungen in den Ausschüssen
- 2.5 Änderungen in den Fachausschüssen
- 2.6 Fachausschussmittel 1. Quartal 2015

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten – Kaske

3.2 Bericht des Direktors – Muhm

- 3.2.1 Informationstage für neue KammerrätInnen
- 3.2.2 Aktueller Bericht

3.3 Beratung – Trenner

- 3.3.1 Unterstützung interessenpolitischer Zielsetzungen der AK Wien durch die Abteilung Rechtsschutz
- 3.3.2 Aktueller Bericht

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

- 3.4.1 AK-Modellschulen
- 3.4.2 Dropouts – Wege nach dem Abgang von der Universität
- 3.4.3 PIAAC-Konferenz – vertiefende Analysen
- 3.4.4 AK – Stadttagung „Wien wächst – Wien wohnt“
- 3.4.5 Wien Hauptbahnhof - Fahrplanwechsel
- 3.4.6 Bericht Studie „Kommerzielle digitale Überwachung im Alltag“
- 3.4.7 Prämiengeförderte Zukunftsvorsorge Versicherungsnehmer
- 3.4.8 Aktueller Bericht

3.5 Information - Ficzkó

- 3.5.1 Herbstlohnrunde – Erstellung von Branchenstudien als Unterstützung für die Gewerkschaften
- 3.5.2 Outsourcing im Bankenbereich – GPA-djp Aktion mit AK Unterstützung
- 3.5.3 Aktueller Bericht

3.6 Soziales – Kundtner

- 3.6.1 Arbeitsmarktdaten – November 2014 → Tischvorlage
- 3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze – Oktober 2014
- 3.6.3 IFES Studie „Mitbestimmung in Österreich 2012“: Zusammenfassung der Studienergebnisse
- 3.6.4 Familienförderung und Steuerreform
- 3.6.5 Aktuelle EuGH-Entscheidungen zur sozialen Sicherheit
- 3.6.6 Veranstaltungen
- 3.6.7 Aktueller Bericht

3.7 Wirtschaft - Kubitschek

- 3.7.1 Fahrplanwechsel: Mehr Angebot auf Schiene bringen!
- 3.7.2 AK-Energiepreismonitor (Strom/Gas) November 2014
- 3.7.3 Freizeitoption in Kollektivverträgen
- 3.7.4 Die Sachgüterproduktion Österreichs – Hintergrundgespräch 12.11.2014
- 3.7.5 EU-Kritik an Budgetpfad in Österreich
- 3.7.6 Revision des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010
- 3.7.7 Aktueller Bericht

4 Allfälliges

Kaske begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung.

Beschluss:

Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 09.12.2014 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11.11.2014

Kaske ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11.11.2014.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 11.11.2014 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

2 Beschlüsse

2.1 Subventionen 2014

Bezüglich der Subventionsanträge verweist Muhm auf das allen Vorstandsmitgliedern als Tischvorlage verteilte Austauschblatt.

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Subvention für das Jahr 2014:

Nr	Antragsteller	gefördert 2013	neuer Antrag 2014	Beschluss
1	Lois Weinberger-Institut	€ 7.500,00	€ 7.500,00	€ 7.500,00
Angenommen ☒		Einstimmig ☐		Mehrstimmig gegen FA ☒ Ablehnung ☐

Nr	Antragsteller	gefördert 2013	neuer Antrag 2014	Beschluss
2	Feykom – Verband der Kurdischen Vereine in Österreich	€ 6.000,00	€ 7.000,00	€ 6.000,00
Angenommen ☒		Einstimmig ☐		Mehrstimmig gegen FA ☒ Ablehnung ☐

Auszahlung erfolgt: 50 % nach Beschluss, 50 % nach Abrechnung der Projekte

Nr	Antragsteller	gefördert 2013	neuer Antrag 2014	Beschluss
3	Verein christliches Vereinshaus	€ 15.000,00	€ 15.000,00	€ 15.000,00
Angenommen ☒		Einstimmig ☐		Mehrstimmig gegen FA ☒ Ablehnung ☐

2.2 Personalplan 2015

Muhm erläutert den Personalplan 2015 und stellt eine gleichwertige Beschäftigung für 2015 fest. Er verweist auf die Anmerkungen, ersucht jedoch um die Fassung eines "Vorratsbeschlusses" bezüglich folgender Eventualitäten:

- 1) Nachdem es dzt. nicht absehbar ist, wann die Registrierung der Gesundheitsberufe durch die AK gesetzlich geregelt wird, ist dafür Sorge zu tragen, dass der Personalstand rasch für die Registrierung der Gesundheitsberufe aufstockbar ist.
- 2) Nachdem sich das Büro der AK immer mehr mit verfassungsrechtlichen Problemen auseinanderzusetzen hat und diesbezüglich ein Qualitätsmangel im ExpertInnenstab der AK herrscht, findet derzeit ein Diskurs darüber statt, ob für verfassungsrechtliche Fragen ein/e neue/r Mitarbeiter/in aufgenommen oder ein/e KonsultantIn herangezogen werden soll. Jedenfalls soll zumindest die Möglichkeit bestehen eine/n VerfassungsjuristIn als ReferentIn aufzunehmen.
- 3) Bezüglich "Big Data" wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt um eine effiziente Bearbeitung dieser Querschnittsmaterie zu untersuchen. Auch hier stellt sich die Frage, ob über das Netzwerk der AK ein/e KonsultantIn herangezogen werden oder ein/e ExpertIn aufgenommen werden soll. Um eine rasche Entscheidung nach dem Bericht der Arbeitsgruppe zu ermöglichen, wird um den Beschluss ersucht bei Bedarf eine/n Referenten/in mit dem Schwerpunkt "Big Data" aufzunehmen.

Pörtl erkundigt sich, wer die externe Dienstleistung Postzustellung im Haus durchführt, worauf Muhm informiert, dass es diesbezüglich einen Vertrag mit der Post gibt. Die im Haus von der Post eingesetzten MitarbeiterInnen stammen aus dem "Personalpool der Post" und sind überwiegend weiblich.

Auf die Frage von Rasch, ob über die genannten potentiellen Neuaufnahmen im nächsten Jahr im Vorstand diskutiert, abgestimmt und/oder berichtet wird, erklärt Muhm, dass geplant ist, es im Falle einer Aufnahme es zu beschließen.

Personalplan 2014 adaptiert*) in Vollzeitkapazität	
Bereiche	Personal in VZÄ
Bereich Beratung ¹⁾	139,19
Bereich Bildung	84,45
Bereich Information ²⁾	55,23
Bereich Soziales ³⁾	77,75
Bereich Wirtschaft	71,46
Zentralbereich ⁴⁾	158,35
Summe ^{4) 5)}	586,42

*) Bereichsverschiebungen berücksichtigt

¹⁾ inkl. 1.875 JuniorberaterInnen (5 StudentInnen à 15 WStd für Telefondienst)

²⁾ inkl. 1.125 JuniorberaterInnen (3 StudentInnen à 15 WStd für Telefondienst)

³⁾ Inanspruchnahme eines externen Dienstleisters für die Postverteilung

⁴⁾ exkl. 11 Lehrlinge, 2 BAK-Refundierte (AK-Portal), 2 Langzeitarbeitskräfte in Brüssel

2 IGFA (Interessensgeleitete Forschungsass. und 11 in Altersteilzeit/Prezessionsphase)

⁵⁾ exkl. Personal für Wahlbüro: 15,12 betr. externe Aufnahmen, 7 betr. AK-interne Nachbesetzungen für Wahlbürosätze

Personalplan 2015 in Vollzeitkapazität	
Bereiche	Personal in VZÄ
Bereich Beratung ¹⁾	139,19
Bereich Bildung	85,13
Bereich Information	56,23
Bereich Soziales ²⁾	77,75
Bereich Wirtschaft ³⁾	70,45
Zentralbereich	157,05
Summe ⁴⁾	585,79

¹⁾ inkl. 1.875 JuniorberaterInnen (5 StudentInnen à 15 WStd für Telefondienst)

²⁾ inkl. 1.125 JuniorberaterInnen (3 StudentInnen à 15 WStd für Telefondienst)

³⁾ exkl. 2 VZA-Ausmittelskräfte v. Mitte Jänner bis Ende April/J für "Steuersparagang"

⁴⁾ exkl. 9 Lehrlinge, 2 BAK-Refundierte (AK-Portal), 1-2 Langzeitarbeitskräfte in Brüssel

im Schnitt 2 IGFA (Interessensgeleitete Forschungsass. und 2 in Altersteilzeit/Prezessionsphase)

Ergänzender Beschlussvorschlag:

Der Personalplan der AK Wien kann unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation um weitere Personen aufgestockt werden, wenn - abhängig vom Projektstand - der Personalaufwand für die Registrierung der Gesundheitsberufe abschätzbar ist. Ebenso kann der Personalplan unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation um eine/n Verfassungsjuristen/in sowie eine/n Referenten/in mit dem Schwerpunkt "Big Data" aufgestockt werden. Der tatsächliche Bedarf ist bereichsübergreifend zu erarbeiten und festzulegen.

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt den Personalplan 2015 mit folgenden zusätzlichen Eventualbeschlüssen:

- 1) Der Personalplan der AK Wien kann unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation um weitere Personen aufgestockt werden, wenn - abhängig vom Projektstand - der Personalaufwand für die Registrierung der Gesundheitsberufe abschätzbar ist.
- 2) Ebenso kann der Personalplan unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation um eine/n Verfassungsjuristen/in sowie eine/n Referenten/in mit dem Schwerpunkt "Big Data" aufgestockt werden. Der tatsächliche Bedarf ist bereichsübergreifend zu erarbeiten und festzulegen.

→ einstimmig angenommen

2.3 Bilanzprüfung 2014

Von der Consultatio Wirtschaftsprüfung GmbH Co KG (Herr Wolfgang Zwettler) wurde zugesagt, den Rechnungsabschluss 2014 gemäß § 18 Abs 2 der HO (§ 70 Abs 1 AKG 1992) zu prüfen, sowie einen Prüfbericht und ein Testat zu erstellen. Die Consultatio WP GmbH Co KG prüft die AK Wien seit 2009. Als Honorar wird ein Pauschalpreis in der Höhe von € 25.700,- exkl. 20 % USt vereinbart (im Vorjahr € 25.500,- exkl. 20 % USt). Gemäß § 18 Abs 2 HO muss der Abschlussprüfer im laufenden Geschäftsjahr durch den Vorstand bestellt werden.

Muhm bemerkt, dass es dem Vorstand im nächsten Jahr obliegen wird, einen Wechsel der Wirtschaftsprüfer vorzunehmen.

Beschluss:

Der Vorstand beauftragt gemäß § 18 Abs 2 der HO (§ 70 AKG 1992) die Consultatio Wirtschaftsprüfung GmbH Co KG den Rechnungsabschluss 2014 zu prüfen, sowie einen Prüfbericht und ein Testat zu erstellen.

→ einstimmig angenommen

2.4 Änderungen in den Ausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Änderungen in den Ausschüssen:

Ausschuss 1

**Allgemeine Sozialpolitik,
Inklusionspolitik, Arbeitsrecht
und Rechtspolitik**

neues Ersatzmitglied	Koskarti Kerstin	FSG	bisher offen
----------------------	------------------	-----	--------------

Ausschuss 2

**Angelegenheiten des
Öffentlichen Dienstes**

neues Ersatzmitglied	Koskarti Kerstin	FSG	bisher offen
neues kooptiertes Mitglied	Holzinger Martin	ÖAAB	bisher offen

Ausschuss 3

**Sicherheit, Gesundheit und
Arbeit**

neues kooptiertes Ersatzmitglied	Bauer Patrick	ÖAAB	bisher offen
----------------------------------	---------------	------	--------------

Ausschuss 6

Bildung und Kultur

neues Ersatzmitglied	Bauer Patrick	ÖAAB	bisher offen
----------------------	---------------	------	--------------

Ausschuss 7

Finanzpolitik

neues Mitglied	Prater Martin	ÖAAB	bisher offen
----------------	---------------	------	--------------

Ausschuss 8

Frauen- und Familienpolitik

neues Ersatzmitglied	Koskarti Kerstin	FSG	bisher offen
----------------------	------------------	-----	--------------

Ausschuss 9

**Jugendschutz und
Lehrlingswesen**

neues Mitglied	Koskarti Kerstin	FSG	bisher offen
neues kooptiertes Mitglied	Bauer Patrick	ÖAAB	bisher offen

Ausschuss 11

**Konsumentenschutz und
Konsumentenpolitik**

neues Mitglied	Koskarti Kerstin	FSG	bisher offen
neues Ersatzmitglied	Prater Martin	ÖAAB	bisher offen
neues kooptiertes Mitglied	Bauer Patrick	ÖAAB	bisher offen

Ausschuss 12

**Rechtsschutz und
Rechtsberatung**

neues Mitglied	Koskarti Kerstin	FSG	bisher offen
----------------	------------------	-----	--------------

Ausschuss 14

Umwelt und Energie

neues Ersatzmitglied

Bauer Patrick

ÖAAB bisher offen

Ausschuss 15

Verkehr und Tourismus

neues kooptiertes Ersatzmitglied Prater Martin

ÖAAB bisher offen

→ einstimmig angenommen

2.5 Änderungen in den Fachausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Änderungen in den Fachausschüssen:

FA Schuh-Leder (PRO-GE)

Vorsitzender- Stv. neu

Peter PEHAM (vorher Vorsitzender jetzt VStv)

FA Elektrotechniker-Gürtler-Graveure (PRO-GE)

Vorsitzender neu

Sead BIJELINAC

Vorsitzender-Stv. neu

Michael SCHNABEL 1.VStv (vorher Mitglied)

Wilhelm BARTISZ 2.VStv (vorher VStv)

FA Heime und Internate (VIDA)

Mitglied neu

Gerhard JAKUBEK

Mitglied ausgeschieden

Susanna WIESMAIR

FA Hotel- und Beherbergungsbetriebe (VIDA)

Kassier neu

Albert KYNCL

Kassier ausgeschieden

Robert MAGGALE

→ einstimmig angenommen

2.6 Fachausschussmittel 1. Quartal 2015

1. Quartal 2015		
Fachausschuss		IBAN
Handel, Verkehr, Fremdenverkehr	34.500,00	AT05 14000 00110 274 815
Gewerbe und Industrie	28.125,00	AT80 14000 00110 274 823
Geld, Kredit, Versicherungen	13.800,00	AT27 14000 00110 274 807
Graphische u Papierverarb Gewerbe	15.900,00	AT43 14000 05410 230 650
Werbung, Marketing, Kommunikation, ...	6.000,00	AT68 14000 00110 289 880
Erwachsenenbildung, Erziehung, ...	6.000,00	AT44 14000 00110 292 252
Kunst, Medien, Sport, freie Berufe	2.802,00	AT89 14000 05410 230 986
Bauhauptgewerbe	17.025,00	AT11 14000 05410 230 838
Bauhilfsgewerbe	11.250,00	AT73 14000 05410 230 692
Maler und Anstreicher	10.002,00	AT12 14000 05410 230 820
Pflasterer	4.200,00	AT42 14000 05410 230 862
Steinarbeiter	3.810,00	AT20 14000 05410 230 676
Hafner-, Fliesenleger- u Rauchfangkehrergewerbe	4.752,00	AT55 14000 05410 230 919
Tapezierer	8.505,00	AT20 14000 05410 230 773
Tischler	12.900,00	AT83 14000 05410 230 706
Bedienstete d Privatkrankeanstalten	6.000,00	AT97 14000 05410 231 036
Friseure und Kosmetiker	17.850,00	AT46 14000 05410 230 790
Denkmal-, Fassaden- u Gebäudereiniger	6.975,00	AT14 14000 05410 230 978
HausbesorgerInnen, HausbetreuerInnen	6.300,00	AT64 14000 05410 230 951
Soziale Dienste	3.450,00	AT42 14000 05410 230 765
Gastronomie	7.602,00	AT22 14000 05410 231 028
Hotel- und Beherbergungsbetriebe	9.000,00	AT33 14000 05410 230 927
Heime, Internate	4.350,00	AT64 14000 05410 230 757
Schiene	5.250,00	AT61 14000 00110 286 805
Bewachung und Sicherheit	5.250,00	AT78 14000 00110 316 666
Gartenbau und Floristik	6.000,00	AT86 14000 05410 230 846
Bäcker	6.000,00	AT64 14000 05410 230 854

Fleischer	4.728,00	AT67 14000 05410 230 994
Getränke	6.000,00	AT23 14000 05410 231 010
Zuckerbäcker	11.700,00	AT72 14000 05410 231 001
Chemie	6.705,00	AT89 14000 05410 230 889
Metall- und Orthopädietechnik	8.520,00	AT61 14000 05410 230 811
Sanitär, Heizung u Lüftungstechnik	15.000,00	AT39 14000 05410 230 722
Spengler und Kupferschmiede	6.150,00	AT86 14000 05410 230 749
Elektrotechniker, Gürtler, Graveure	8.100,00	AT83 14000 05410 230 803
Mechaniker	9.399,00	AT86 14000 05410 230 943
Textil	3.600,00	AT11 14000 05410 230 935
Bekleidung	3.600,00	AT67 14000 05410 230 897
Schuh/Leder	3.600,00	AT61 14000 05410 230 714
Berufskraftfahrer	21.000,00	AT26 14000 05410 665 419
Gesundheitsberufe	18.750,00	AT63 14000 05410 027 560
	390.450,00	

→ einstimmig angenommen

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten

Einleitend stellt **Kaske** zum 315 Milliarden-Investitionspaket von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker fest, dass Investitionen in soziale und ökologische Infrastruktur dringend notwendig sind. Es ist deshalb erfreulich und begrüßenswert, dass die Kommission sich dieses Themas angenommen hat und die enorme Wichtigkeit erkannt hat. Bei einer ersten Betrachtung erscheinen allerdings wesentliche Punkte des Konzepts unbefriedigend. Wichtig sei vor allem, dass die Gelder in größtmöglichem Volumen für die wichtigsten Bereiche – soziale Infrastruktur wie zB gemeinnütziger Wohnbau oder ökologische Investitionen zB die Erhöhung der Energieeffizienz – genutzt werden. Außerdem müssen die Gelder rasch und zielgerichtet verwendet werden. Juncker sprach bei der Amtsübernahme von einem „Neustart“. Von der AK wird er daran gemessen werden, ob es zu einem sozialeren Europa kommt. **Kaske** betont einmal mehr: Wir spüren die Auswirkungen der schwächelnden Wirtschaft in ganz Europa. Wir brauchen dringend Konjunkturimpulse in der EU, aber auch insbesondere in Österreich, wir brauchen Investitionen, um Wachstum und Beschäftigung anzukurbeln. Und wir müssen die Kaufkraft stärken, damit der Konjunkturmotor am Laufen bleibt. Dazu müssen die Menschen aber mehr Geld im Börsel haben. Eine Senkung der Lohnsteuer ist ein zentrales Element dafür.

Große Sorgen macht sich der Präsident um den österreichischen Arbeitsmarkt. Mit Bedauern muss festgestellt werden, dass Österreich den ersten Platz mit der niedrigsten Arbeitslosenrate in der EU an Deutschland verloren hat. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird immer kritischer. **Kaske** fordert, dass endlich gehandelt wird, besonders Menschen ohne Berufsausbildung, Personen mit gesundheitlichen Problemen und Ältere sind die Hauptleidtragenden. Besonders schwierig gestaltet sich der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt. Seit Monaten steigt auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen, also jener, die über längere Zeit die Rückkehr in den Arbeitsmarkt nicht schaffen. Ältere und gesundheitlich beeinträchtigte ArbeitnehmerInnen sind von diesen Entwicklungen besonders betroffen. Ein wichtiger Hebel um eine neue Beschäftigung zu finden, ist die Zeit der Arbeitslosigkeit für Qualifikation zu nutzen, veraltetes Wissen aufzufrischen. Die Chance, eine neue berufliche Ausbildung machen zu können, muss für Arbeitsuchende gerade in einer Zeit steigender Arbeitslosigkeit gegeben sein. Daher müssen auch Instrumente wie das Fachkräftestipendium durch die Finanzierung aus dem allgemeinen Budget wieder möglich sein. Um die richtigen Maßnahmen im notwendigen Ausmaß anbieten zu können, braucht das Arbeitsmarktservice ausreichende Mittel und genügend Flexibilität, um die Unterstützungen für die Arbeit Suchenden passgenau einsetzen zu können. Eine wichtige Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Älteren wäre das Bonus-Malus-System. Bei den Jugendlichen stehen jene im Fokus, die überhaupt keine Ausbildung haben, darum ist die Ausbildungspflicht für Jugendliche eine ganz zentrale Forderung.

Bezüglich der Ende November - lanciert durch das neoliberale „Institut“ Agenda Austria - durch die Medien geisternde Debatte über eine Erhöhung des gesetzlichen Pensionsalters stellt **Kaske** fest, dass die Festlegung des gesetzlichen Pensionsalters von den gewählten politischen Organen zu treffen ist und nicht von Automaten.

Ein Blick auf die jüngsten Entscheidungen des Kartellgerichts zeigt, dass die vermeintlichen Vorteile des Wettbewerbs bei den KonsumentInnen oftmals nicht ankommen. So verhängte das Kartellgericht in den Jahren 2013 und 2014 Geldbußen in der Höhe von mehr als 33 Millionen Euro, geschädigt wurden in allen Fällen KonsumentInnen. Von den verhängten Geldbußen haben jedoch die KonsumentInnen bisher nichts gesehen. Wir fordern deshalb - so **Kaske** - dass die Strafzahlung den KonsumentInnen zugutekommt. Es müsse grundsätzlich eine Lösung gefunden werden, wonach

Geldbußen, die Unternehmen wegen Kartellverstößen zahlen müssen, zumindest zum Teil direkt in den Konsumentenschutz fließen. In diesem Zusammenhang macht der Präsident auf die neue AK Broschüre „Zum Kaufen verführt“ aufmerksam. Sie gewährt Einblicke in die Marketingstrategien der Unternehmen und gibt KonsumentInnen Tipps gegen die Tricks. Sie informiert, wie Werbung arbeitet und auf welchen Grundlagen KonsumentInnen ihre Kaufentscheidungen treffen. Sie ist online abrufbar unter: http://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/Publikationen/Zum_Kaufen_verfuehrt.pdf.

In Bezug auf Wohnen und Mietrecht sieht der Präsident in der Thermenregelung einen ersten Schritt, dem weitere folgen müssen. So fehlen weiterhin klare Regeln über die Erhaltungspflicht der Vermieter auch für alle anderen Wohnungsausstattungen, etwa Elektroleitungen oder sanitäre Anlagen. Kaske fordert eine große Mietrechtereform, damit Wohnen endlich billiger wird.

Der Präsident gratuliert der Gewerkschaft vida zu dem erfolgreichen Kollektivvertragsabschluss im privaten Gesundheitsbereich und erwähnt die erfreuliche Tatsache, dass der OGH bezüglich der Tätigkeit im Tankstellenbetrieb mit Shop festgestellt hat, dass der Kollektivvertrag für Handelsangestellte anzuwenden ist.

Abschließend berichtet Kaske über einige der letzten Veranstaltungen in der AK, die reges Publikumsinteresse hervorriefen. Erfolgreich verliefen die AK-Bildungsmesse L14 und die von der AK Wien am 24.11. veranstaltete große Industrie-Standort-Konferenz, an der drei Regierungsmitglieder und die Spitzen von ÖGB, AK, IV und WKÖ sowie rund 400 BesucherInnen teilnahmen. Abschließend betont Kaske, dass es sehr wichtig wäre, sich demnächst grundsätzlich über das Thema "Arbeit und Arbeitsverteilung" zu unterhalten. Die Ausstellung "Gugginger Kunst" im Foyer der AK wurde am 18.11. mit einer großen Besucherzahl eröffnet. Als einer der führenden deutschen Soziologen war am 19.11. Heinz Bude Gast beim Wiener Stadtgespräch im AK Bildungszentrum. In seinem jüngsten Buch „Gesellschaft der Angst“ stellt er die Frage, welchen gesellschaftlichen Entwicklungen sich die Menschen vor dem Hintergrund allgegenwärtiger Krisen ausgeliefert sehen.

Paiha vermisste bisher eine Unterlage zum Thema Ausbildungsverpflichtung für Jugendliche. Sie würde gerne wissen, wie diese gestaltet wird. Schütz erkundigt sich, wann diese in Kraft treten soll. Kaske informiert, dass die Ausbildungsverpflichtung mit Beginn des Schuljahres 2016/17 geplant ist. Sobald entsprechende Pläne über die Ausgestaltung am Tisch liegen, wird darüber im Vorstand informiert werden.

➔ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Bericht des Direktors - Muhm

Muhm informiert einleitend, dass - wie in der konstituierenden Vollversammlung angekündigt - die 62 erstmals in die Vollversammlung gewählten KammerrätInnen Anfang September mittels Schreiben zu einem Informationsnachmittag in die AK Wien eingeladen wurden. Dabei wurden 2 Termine (1.10. und 6.11.) zur Auswahl angeboten. Von den 62 KR haben sich 27 für einen der zwei Termine angemeldet, tatsächlich teilgenommen haben 23 KR. Mehrere TeilnehmerInnen haben persönlich ihre Zufriedenheit mit den Veranstaltungen zum Ausdruck gebracht. Der Direktor bedauert, dass nur gut ein Drittel der neu gewählten KR an diesen Veranstaltungen teilgenommen haben, zumal es um für ihre Arbeit als FunktionärInnen wichtige Informationen über die innere Organisation, die Kernkompetenzen, Beratungsleistungen der AK Wien sowie über die finanziellen und politischen Rahmenbedingungen, unter denen die AK arbeitet, geht.

Weiters informiert der Direktor, dass der Anpassungsfaktor gemäß Bezügebegrenzungsgesetz per 1.1.2015 1,017 (Kundmachung des Präsidenten des Rechnungshofes im Amtsblatt der Wiener Zeitung vom 4.12.2014) beträgt. Die Funktionsgebühren des Präsidenten, der VizepräsidentInnen, der Vorstandsmitglieder und des Kontrollausschuss-Vorsitzenden gemäß Funktionsgebührenordnung der AK Wien werden daher mit 1.1.2015 entsprechend erhöht.

Kaske legt den Fraktionen ans Herz doch ihre KammerrätInnen aufzufordern, im Rahmen ihrer Funktionsübernahme die angebotenen Informationstage zu besuchen und kündigt dafür einen weiteren Termin an. **Pörtl** unterstützt dies und ersucht die FraktionsführerInnen rechtzeitig von dem Termin zur Info-Veranstaltung für KammerrätInnen zu informieren. **Schütz** bittet dies auch den stellvertretenden FraktionsführerInnen mitzuteilen und ersucht weiters um Information, wer von ihrer Fraktion nicht an der Info-VA für KR teilgenommen hat. **Kaske** sagt den Fraktionen die gewünschten Informationen zu.

➔ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.3 Beratung – Trenner

Trenner referiert nach der allen Vorstandsmitgliedern zugegangenen instruktiven Unterlage jene verschiedenen kollektiv wirksamen Rechtsbehelfe (etwa arbeitsgerichtliche Musterprozesse, Abmahnungen und Verbandsklagen, Anzeigen nach Gewerbeordnung, Sonderrechtsschutz) mit welchen die Abteilung Rechtsschutz abseits von der individuellen Rechtsdurchsetzung für die AK-Mitglieder vor den Arbeits- und Sozialgerichten arbeitet um bestehende Missstände zu bekämpfen und präventiv gegen rechtswidrig agierende Arbeitgeber vorzugehen.

➔ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

In Vertretung von **Aschauer-Nagl** verweist **Muhm** auf die schriftlichen Unterlagen, macht jedoch auf das am 17. November 2014 offiziell gestartete Projekt „AK Modellschulen“ besonders aufmerksam. In den sieben AK-Modellschulen sollen jene Projekte in die Praxis umgesetzt und unterstützt werden, die den zentralen politischen Forderungen der AK entsprechen. Sämtliche Schulen wurden in Absprache mit dem Stadtschulrat für Wien zu diesem Projekt eingeladen.

Weiters berichtet **Muhm**, dass bekanntlich davon auszugehen ist, dass die Zwei-Millionen-Marke in der Bundeshauptstadt schon 2029 überschritten wird – also fünf Jahre früher als bis vor kurzem noch angenommen. Grund dafür ist der starke Zuzug sowie die positive Geburtenbilanz. Mehr EinwohnerInnen heißt auch mehr Bedarf an Wohnungen. Trotz der recht guten Ausgangssituation, in der sich Wien im internationalen Vergleich befindet, wird sich der Druck am Wohnungsmarkt kontinuierlich erhöhen. Wie es gelingen kann, möglichst qualitativ hochwertigen Wohnraum zu leistbaren Preisen zur Verfügung zu stellen und auch die bislang vergleichsweise gute soziale Durchmischung in der Stadt aufrecht zu erhalten, wird eine der Kernfragen der Zukunft sein. Die sehr erfolgreiche und bestens besuchte AK – Stadttagung „Wien wächst – Wien wohnt“ versuchte deshalb vor diesem Hintergrund Fragen, Problemstellungen und zukünftige Herausforderungen zu diesem Themenbereich quer über die einzelnen Disziplinen hinweg, mit ExpertInnen, PolitikerInnen und dem interessierten Publikum zu diskutieren und mögliche Lösungsszenarien und -strategien zu erarbeiten. **Muhm** betont, dass die Causa "digitale Überwachung" die AK immer mehr beschäftigen wird.

Smartphones und mobile Apps gelten als breites Einfallstor für Datensammler, die Spuren und Interessen der NutzerInnen verfolgen. Die Datenschutzpolitik ringt noch um Antworten, wie KonsumentInnen vor übertriebener Datenverwertung im (mobilen) Internet geschützt werden können. Aktuell klafft eine Lücke zwischen Datenschutzrecht und Praxis. Recht wird oft nicht durchgesetzt, die Kontrollbehörden haben nicht ansatzweise genügend Ressourcen. Die geltenden Datenschutzgesetze bieten keine Antworten auf die digitalen Risiken. Die AK mahnt zu mehr Risikobewusstsein und vorsorglichen Schutz für KonsumentInnen durch den (EU-)Gesetzgeber und Datenschutzbehörden. Das Vertrauen vieler NutzerInnen in digitale Kommunikationstechnologien ist bereits angekratzt. Das World Economic Forum hat schon 2012 festgehalten, dass dieser Mangel an Vertrauen in Bezug auf persönliche Daten eine Bedrohung für die digitale Wirtschaft ist. Als erfreuliches Ergebnis der AK-Medienarbeit kann festgestellt werden, dass neben den gängigen österr. Medien sogar die Frankfurter Allgemeine Zeitung ausführlich über die von der AK in Auftrag gegebene Studie „kommerzielle digitale Überwachung im Alltag“ berichtete:

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/eine-neue-studie-ueber-kommerzielle-ueberwachung-13253649.html> .

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.5 Information - Ficzeko

Ficzeko verweist auf die schriftlichen Unterlagen aus seinem Bereich und informiert, dass etwa für die Erstellung von Branchenstudien als Unterstützung für die Gewerkschaften in die Bilanzdatenbank bereits rund 1300 Jahresabschlüsse eingearbeitet wurden. Nachdem seit Jahren der Druck auf die Betriebsergebnisse der Kreditinstitute in Österreich steigt, die Unsicherheit unter den Beschäftigten nicht zuletzt wegen der permanenten Outsourcingmaßnahmen, die stark zugenommen haben, wächst, wurden die Auswirkungen der Umstrukturierungen mit einer Online-Umfrage bei den BetriebsrätInnen der wichtigsten heimischen Großbanken im Auftrag der GPA-djp von der AK Wien näher untersucht. Die daraus abzuleitenden Maßnahmen, um den Prozess des Outsourcings bei heimischen Banken zu stoppen wurden von der GPA-djp im Oktober in einer Pressekonferenz präsentiert. Ficzeko macht anschließend auf das an alle Vorstandsmitglieder verteilte Jahrbuch des 63. Lehrganges der Sozialakademie und auf die Termine der Aufnahmegespräche für die BRAK und SOZAK aufmerksam. Weiters erwähnt der Bereichsleiter den Filmabend für die AK-WahlhelferInnen "Zwei Tage und eine Nacht", in dem es um eine junge Frau geht, die um ihren Job kämpft. Bekanntlich mussten die MitarbeiterInnen der Fa. Umdasch das Dargestellte am eigenen Leib erfahren.

Zur ReferentInnenakademie (REFAK) berichtet Ficzeko mit Verweis auf das verteilte REFAK-Programm, dass die AK mit dieser Ausbildungsschiene versucht ExpertInnen (für Recht, Wirtschaft, etc) zu befähigen komplexe Sachverhalte verständlich, interessant und nachvollziehbar zu vermitteln. Die gewerkschaftlich solidarische Grundhaltung ist das Unterfutter für alle Seminare und Workshops in diesem Programm. Die REFAK ist jedenfalls – im Unterschied zu den vielen Angeboten zur Methodenkompetenz am Weiterbildungsmarkt – ein dezidiert gewerkschaftlich ausgerichtetes Train-the-Trainer-Programm.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.6 Soziales – Kundtner

Kundtner berichtet mit Verweis auf die ausführliche Unterlage, dass die AK Wien in ständiger Kooperation mit den Gewerkschaften durch IFES in den Jahren 2012 und 2013 eine repräsentative

Befragung unter ArbeitnehmerInnen mit und ohne betriebsrätliche Vertretung sowie unter Betriebsratsmitgliedern durchführen hat lassen, um so Einstellungen und Meinungen zur betrieblichen Mitbestimmung zu erheben sowie die konkreten Rahmenbedingungen und Inhalte der Betriebsratsstätigkeit und sich daraus allenfalls ergebende Bedürfnisse zu erfahren. Die Befragung zeigt vor allem, dass sich die neoliberale Stimmungsmache in keiner Weise durchgesetzt hat: Für 93% (!) der ArbeitnehmerInnen ist die Existenz einer betrieblichen Interessenvertretung sehr wichtig (62 %) oder wichtig (31 %). Eine satte Mehrheit der unselbständig Beschäftigten, nämlich 62 %, wollen diese den Betriebsräten zugeschriebene Bedeutung sogar noch weiter ausbauen, indem sie für die Betriebsräte in Zukunft eine noch „stärkere Rolle“ fordern.

Die stellvertretende Direktorin erinnert, dass in der aktuellen Diskussion um die Steuerreform immer wieder die drastische Erhöhung des Kinderfreibetrages gefordert wird. Dieser beträgt derzeit 220 Euro jährlich pro Kind, bei Teilung zwischen den Eltern 2x132 Euro pro Kind und Jahr. Je nach Forderung soll er auf bis zu 7.000 Euro pro Kind und Jahr vervielfacht werden. Die Kosten dafür würden je nach Modell zwischen mehreren hundert Millionen Euro und vier Milliarden betragen. Im Zuge der Steuerreformdebatte wurde ein Volumen 500 Mio. für die Familien in den Raum gestellt. Der Vorschlag einer höheren Negativsteuer (450 Euro pro Jahr statt derzeit 110 Euro), wie sie das ÖGB-AK-Modell vorsieht, wäre eine Maßnahme, die Familien hilft – und zwar genau jenen, die es am dringendsten brauchen.

In der aktuellen EuGH Entscheidung zur "sozialen Sicherheit", die auf großes mediales Interesse gestoßen ist, hält der Gerichtshof fest, dass bei der Prüfung der konkreten wirtschaftlichen Situation im Sinn des Aufenthaltsrechts eine beantragte beitragsunabhängige Geldleistung nicht zu berücksichtigen ist. Problematisch ist, dass der EuGH im Einzelfall entscheidet (entscheiden muss), die Entscheidungen aber teilweise widersprüchlich sind. Eine Klarstellung im Europarecht ist erforderlich, wenn die europäischen Staaten zukünftig von einer sicheren Rechtslage ausgehen wollen. Jedenfalls zeigen die Zahlen in der den Vorstandsmitgliedern zugegangenen Unterlage, dass nicht von einer Überbelastung österreichischer Sozial(hilfe)systeme gesprochen werden kann. Österreich hat auch Vorkehrungen im Aufenthaltsrecht getroffen.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

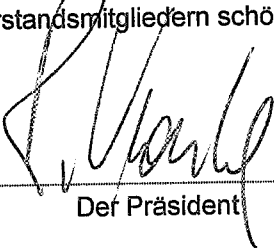
3.7 Wirtschaft – Kubitschek

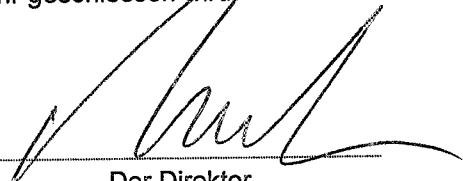
In Vertretung von Kubitschek verweist Kaske auf die ausführlichen selbst erklärenden schriftlichen Unterlagen aus dem Wirtschaftsbereich.

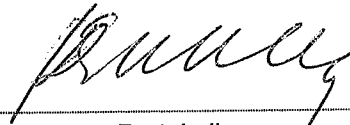
→ Die schriftlichen Berichte werden zur Kenntnis genommen.

4 Allfälliges

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen dankt **Kaske** allen Vorstandsmitgliedern für die von einer sachlichen Gesprächskultur bei Auseinandersetzungen geprägte, ausgezeichnete Zusammenarbeit im Jahr 2014, schließt das Ersuchen an in medialen Diskurs über die Pflichtmitgliedschaft klar und deutlich für die AK Position zu beziehen und wünscht allen Vorstandsmitgliedern schöne Feiertage, womit die Sitzung um 13:00 Uhr geschlossen wird.



Der Präsident

Der Direktor

Protokoll